

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königshof, Nr. 1074.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postkassentonto Berlin 5384.

Inhalt. Der Deutsche Textilarbeiterverband in der Kriegszeit. — Wo fängt die Sozialisierung an? — Etwas über Diktatur des Proletariats. — Unfallversicherungsmänner. — Die individualistische Wirtschaftsweise. — Erzeugerpreis für das Jahr 1919. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Sachkreisen. — Prolog. — Literatur. — Bekanntmachungen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband in der Kriegszeit.

Die Lohnbewegungen konnten während der Kriegsjahre nicht so geführt werden, wie in Friedenszeiten; in fast allen Fällen waren es Bewegungen, die ohne Streik beendet wurden.

Wenige Tage vor Kriegsbeginn hatte der Verband noch eine große Aussperrung zu überstehen. Die Ursache dieser Aussperrung war, daß 120 Walkereiarbeiter, welche sich auf 51 Betriebe verteilten, Lohnforderungen stellten. Die Walker forderten: Der Mindestlohn beträgt für alle Arbeiter an der Vordwalke vom 1. Juli 1914 ab 25 Mk., für alle übrigen Arbeiter 24 Mk. pro Woche. Die Entlohnung geschieht allgemein in Zeitlohn. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden; machen sich solche nötig, so ist jede angefangene Ueberstunde mit 60 Pf. zu bezahlen. Am 22. und 26. Juni fanden Verhandlungen zwischen der Lohnkommission und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes statt; zu einer Einigung kam es nicht. Bestimmte, von der Lohnkommission gemachte Vorschläge zu einem Vergleich wurden als nicht diskutabel abgelehnt. Die Unternehmer sagten, es handle sich hier um Mindestlöhne und diese dürften sie unter keinen Umständen zulassen. Am 1. Juli traten 68 Walkereiarbeiter in Forst l. N. in den Streik und am 20. Juli wurden 5764 Arbeiter und 9561 Arbeiterinnen infolge des Streiks ausgesperrt. Die Aussperrung kostete der Organisation 90 000 Mk. Am 30. Juli fanden Verhandlungen unter der Leitung des Regierungspräsidenten v. Schwerin aus Frankfurt a. O. statt. Ihm zur Seite standen Gewerberat Dr. Denker (Frankfurt) und die Oberbürgermeister Dreifert (Köln) und Fischer (Forst). Neben den Vertretern des Lausitzer Arbeitgeberverbandes waren die Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, des Hirsch-Dundercher Gewerkevereins und des Christlichen Textilarbeiterverbandes anwesend. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen mußten, um die Verhandlungen nicht von vornherein zum Scheitern zu bringen, zugestehen, daß aus jedem Ort je ein Vertreter der Unorganisierten zugelassen wurde. Es waren dadurch neben 9 Organisationsvertretern 7 Vertreter der Unorganisierten zugegen. Schon diese Zusammenkunft gibt ein Bild der ganzen Situation. Nach tagelangem Verhandeln hatte es den Anschein, als wenn es zu keiner Einigung kommen würde. Die letzte Erklärung der Unternehmer war: Für Ueberstunden in den Forster Walken, welche auf Anordnung der Meister geleistet werden, wird ein Zuschlag von 20 Proz. zum Stundenlohn bezahlt. Es sollen ständige Ortskommissionen aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildet werden, welche in Differenzfällen mit dem Vorstand des örtlichen Arbeitgeberverbandes in Verbindung zu treten haben. Diese Kommissionen sollen aus 7 oder 9 Mitgliedern bestehen. In den Kommissionen sollen die drei Gewerkschaften und auch die Nichtorganisierten vertreten sein. Die Forster Walkerlohnfrage soll in der Forster Ortskommission nicht vor dem 1. Juli 1915 zur etwaigen Erörterung gelangen. Die Ursache des Streiks, die Lohnforderung der Walker, sollte somit auf ein Jahr hinausgeschoben werden, ehe sie nur erörtert werden dürfe. Die Verhandlungen waren somit wieder auf den toten Punkt angekommen, sollten aber dennoch am 1. August fortgesetzt werden. Mittlerweile trat die Mobilmachung ein und am 31. Juli wurde die Aussperrung und darauf auch der Streik der Walker aufgehoben.

Im Jahre 1915 beginnt schon wieder ein etwas regeres Leben; es werden uns da 155 Lohnbewegungen gemeldet, wobei für 89 366 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 122 724 Mk. erreicht wurde. 1916 bei 66 Bewegungen für 17 007 Personen 33 805 Mk. 1917 bei 202 Bewegungen für 100 652 Personen 533 451 Mk. und 1918 bei 118 Bewegungen für 63 639 Personen 390 322 Mk. Einen Anspruch auf Vollständigkeit können diese Zahlen nicht machen. Die meisten Anmeldungen sind schon deshalb unterblieben, weil in den Ortsverwaltungen ein ständiger Wechsel der Vorstandsmittelglieder eintrat. Es ist aber aus diesen Zahlen ersichtlich, daß die Lohnzulagen keine hohen waren, denn 1917 stellt sich die wöchentliche erreichte Lohnzulage auf rund 5 Mk. und 1918 auf rund 6 Mk.

Daß gerade im Jahre 1917 die meisten Lohnbewegungen stattfanden, kann wohl mit darauf zurückgeführt werden, daß mit Einführung des Hilfsdienstgesetzes die Agitation für Errichtung der Arbeiterausschüsse in den Betrieben lebhafter betrieben wurde und dabei auch zu Lohnforderungen führte. Die Schlichtungsausschüsse, welche durch das Gesetz eingeführt wurden, brachten unsern Lohnforderungen selten das nötige

Verständnis entgegen; so erklärte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses in Hirschberg im Sommer 1917 zu einer Zeit, wo die Preise für alle Bedarfsgegenstände und Lebensmittel schon recht hohe waren, Stundenverdienste von 30 und 35 Pf. als ausreichend für Arbeiterinnen. Auch der Vertreter der Kriegsamtstelle in Leipzig und ebenfalls der Vertreter von Kassel hielten Stundenverdienste von 50 Pf. für angemessen. Dennoch kann zugegeben werden, daß auch in verschiedenen Fällen die Arbeiter mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse ihre Lohnforderungen leichter durchsetzten. Ganz besonders hat unsere vom 24. bis 27. Juni 1917 in Augsburg abgehaltene außerordentliche Generalversammlung dazu beigetragen, daß unsere Mitglieder aufgerüttelt wurden und Lohnforderungen stellten. Unsere Kriegsgeneralversammlung in Augsburg, welche von 89 Delegierten besucht war, erbrachte den Beweis, daß die Unternehmer, welche vielfach recht hohe Kriegsgewinne erzielten, gar nicht daran dachten, den Arbeitern angemessene Arbeitslöhne zu zahlen. Die von Reich, Staat und Gemeinde gezahlte Textilfürsorge wurde von den Unternehmern mit dazu benutzt, die Löhne niedrig zu halten. Die Generalversammlung erachtete es besonders für notwendig, daß bei allen Lohnbewegungen die Forderung auf Einführung der Mindestlöhne erhoben wird. Die Verarbeitung des Erzeugnisses macht prozentuale Lohnerhöhungen ohne einen garantierten Mindestlohn in den meisten Fällen unwirksam für den Affordarbeiter.

Es wurde beschlossen, für die Freigabe des Sonnabendnachmittags und für die neunstündige Arbeitszeit einzutreten. Es wird auch beschlossen, Streikunterstützung und auch die Gemahregelungenunterstützung nach den alten Sätzen wieder auszusprechen.

Was die Verwaltungsarbeiten betrifft, so mußten diese natürlich den Verhältnissen entsprechend eingeschränkt werden. Durch die fortwährenden Einziehungen unserer Kollegen aus den Ortsverwaltungen sowie durch die Einziehung der Geschäftsführer konnten die Verwaltungsarbeiten nicht in sonst üblicher Weise erledigt werden. Unsere Frauen haben aber oft helfend eingegriffen, in vielen Filialen ist es nur der eifrigen Arbeit der Frauen zu danken, daß die Organisationsarbeit fortgesetzt werden konnte. In einer ganzen Reihe großer Filialen wie Cottbus, Spremberg, Reichenbach i. Schl., Werdau u. a. traten Frauen an die Stellen der eingezogenen Geschäftsführer. Die beste Belohnung werden aber die Frauen, die während der Kriegszeit tüchtig mitarbeiteten, darin erblicken, daß ihre Arbeit von Erfolg war. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder hatte schon im dritten Quartal 1918, also zur Kriegszeit und wo die Revolution noch keinen Einfluß auf die Gewinnung von Mitgliedern ausübte, den Stand zur Friedenszeit vom 3. Quartal 1914 überbritten. Zwei Drittel unserer Mitglieder sind weiblich. In den Gauen mußten wir Änderungen vornehmen, indem die Gauen Crefeld und Düsseldorf zusammengelegt und von einem Gauleiter, dem Kollegen Steinbrint, bearbeitet werden. Leider ist die Verarbeitung des Gaus durch den Gauleiter fast unmöglich, weil er infolge der Pflanzschwierigkeiten von Düsseldorf nicht nach dem besetzten Gebiet hinüberkommt. Der Kollege Glanzmann mußte seine Tätigkeit in Mülhausen i. El. einstellen und nach Lörrach übersiedeln. Die Elasser Textilarbeiter sind ja für unsere Organisation verloren. Hoffentlich gelingt es uns, durch die internationale Verbindung bald wieder mit unseren Kollegen im Elsaß engere Fühlung zu bekommen.

Nach der Majzählung in diesem Jahre, die nicht die volle, wirkliche Mitgliederzahl angibt, haben wir 103 451 männliche und 202 536 weibliche Mitglieder, nach der Junizählung rund 370 000 Mitglieder. Die Organisation ist also gewaltig angewachsen.

Wo fängt die Sozialisierung an?

In Unternehmerkreisen — besonders in solchen der Zentrumsdomänen — soll es Beunruhigung hervorgerufen haben, daß selbst hervorragende Volksvertreter sich dahin ausgesprochen haben, daß gegen die Vergesellschaftung „geeigneter Betriebe“ nichts einzuwenden sei. Ein richtiger Antisozialist will also nicht einmal die zur Sozialisierung geeigneten Betriebe sozialisieren lassen. Er hält natürlich keinen einzigen Betrieb dafür geeignet und bemüht sich, die Auffindung von anderen als „geeignet“ erachteten Betrieben so schwer wie möglich zu machen. Und er fragt, nachdem er gehört hat, daß nur Großbetriebe als „geeignet“ erachtet werden sollen: Wo fängt der Großbetrieb an? Schon bei 500 beschäftigten Personen oder erst bei 2000? Wenigstens fragt so ein „alter Praktiker“ in der „Köln. Volksztg.“. Wir antworten ihm: Unter Großbetrieb im Sinne des Sozialisierungsproblems versteht man weniger die räumliche Ausdehnung als die technische Entwicklung des Betriebs. Ist diese so weit vorgeschritten, daß sie anscheinend nicht mehr ausgedehnt werden kann, und wirft der Betrieb ansehnliche Gewinne für den Unternehmer oder die Unternehmer (vielleicht Aktionäre) ab, erscheint andererseits der Absatz der Er-

zeugnisse des Betriebs gesichert, so haben wir es mit einem Betriebe zu tun, der sich für die Sozialisierung eignet, gleichviel, ob er 500 oder 2000 Arbeiter beschäftigt. Es kann aber auch umgekehrt sein. Der Betrieb kann noch in seiner technischen Einrichtung recht unentwickelt, aber sehr entwicklungsfähig sein. Der Privatunternehmer scheut aber aus irgendwelchem Grunde die Kosten solcher Entwicklung. Der Warenabsatz erscheint auch hier gesichert. Durch höhere Entwicklung der Betriebstechnik könnte die Produktion nicht unbeträchtlich gehoben werden, eines der vornehmsten Ziele des Sozialismus also erreicht werden. Man wird auch diesen Betrieb zu sozialisieren suchen, und das wird, trotz der anfänglichen Kosten, sich später recht gut bezahlt machen. Im allgemeinen wird man aber, wie der „alte Praktiker“ ganz richtig ahnt, nur ganze Industrien, und zwar solche Industrien für die Sozialisierung geeignet ansehen, welche ihre Verkaufspreise lediglich auf Grund tatsächlicher Herstellungskosten berechnen und der Allgemeinheit vorschreiben können, also nicht an Wettbewerbspreise gebunden sind: also Kohlen und andere Bergbauzeugnisse, elektrischer Strom und Gas. Die beiden letzteren sind mit verhältnismäßig geringen Ausnahmen in den Händen von Gemeindebetrieben, scheiden also zum größten Teil aus. Kohle, Erze und Kali sind diejenigen Naturerzeugnisse, deren Förderung hauptsächlich unter den Begriff „kapitalistische Monopole“ fallen würde. Sie zu sozialisieren hätte insofern eine innere moralische Berechtigung, als die Allgemeinheit der gesamten übrigen Industrien und der Landwirtschaft ein gleichmäßiges Interesse daran haben, diese Urprodukte ihrer Schaffensmöglichkeit zu möglichst niedrigen Preisen zu erhalten, um auf diese Weise ihre Erzeugnisse der breitesten Allgemeinheit des gesamten Volkes möglichst billig anbieten zu können. . . .

Da sind wir auf einmal mit dem „alten Praktiker“ einig; gesteht er doch zu, daß die Gesellschaft, wenn sie kapitalistische Monopole ablösen kann, die Produkte billiger liefern kann als dies von dem kapitalistischen Monopol geschieht. Ja, wenn für die Allgemeinheit kein Nutzen aus der Sozialisierung herauspringt, wird man sie hübsch unterlassen. Wir müssen dem „alten Praktiker“ auch recht geben, wenn er sagt:

„Bei der gesamten Veredelungsindustrie, welche die Fabrikate oder Halbfabrikate vorangegangener Industrien zu Fertigfabrikaten weiter verarbeitet, fällt diese gewisse innere moralische Berechtigung aber ganz fort, ich meine also beispielsweise dabei: der größte Teil der Textilindustrie, das Kunstgewerbe, die graphischen Industriezweige, die Maschinenfabrikation und Feinmechanik, der größte Teil der chemischen Industrie usw. Alle Industriezweige dieser Art hätten also von vornherein aus dem Begriff „geeignet oder reif für die Sozialisierung“ auszuschneiden. Es bliebe also der Kohlen-, Erz- und Kalibergbau als „geeignet und reif“ so ziemlich allein übrig. Nach dem Ausspruch des Finanzministers Simon müßte indessen die Vorbedingung „die gute Rentabilität“ sein. Ob diese aber nach Umwandlung des materiell interessierten kaufmännischen Betriebes in den staatlichen Beamtenbetrieb sich aufrechterhalten lassen würde, muß sehr bezweifelt werden. . . .“

Genau, das muß bezweifelt werden. Indes kann man, wenn man diesen Zweifel hat, ja diese Beamten auch durch Gewinnbeteiligung veranlassen, ihr mögliches zur Erhaltung der Rentabilität zu tun; man brauchte dabei ja nicht den ganzen Reingewinn auszuschütten, so daß für die Gesellschaft immer noch ein Gewinn von der Sozialisierung bliebe.

Der „alte Praktiker“ schreibt weiter: „... Die Schwierigkeiten für das Unternehmertum sind in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen auf die Höhe gestiegen. Die Zukunft liegt grau in grau vor den Augen des Industriellen. Da erscheint es höchst unpolitisch, nun auch noch mit dem Sozialisierungsproblem die allgemeine Beunruhigung und Unsicherheit zu vermehren, besonders gegenüber der ohnehin so bedrohten Industrie des Westens.“

Wir halten dem gegenüber: Die Sozialisierung ist eine finanzpolitische und parteipolitische Notwendigkeit für Deutschland geworden und sie kann und soll nicht mehr aufgeschoben werden. Und das Unternehmertum braucht sich deswegen nicht zu beunruhigen und sollte sich auch deswegen nicht von einem „alten Praktiker“ beunruhigen lassen. Sagt dieser doch selber, daß zunächst nur wenige Industriezweige für die Sozialisierung in Betracht kämen. Es wird also mit der Sozialisierung nur allmählich gehen, sie wird kaum schneller vonschicken gehen, als die Industrialisierung des früheren Handwerks und der Manufaktur vor sich ging. So wenig sich aber die Industrialisierung des Handwerks aufhalten ließ, so wenig wird sich die Sozialisierung der Industrie aufhalten lassen. Die Handwerker haben nicht weniger gemurmelt als jetzt die Industriellen jammern, aber die ökonomische Entwicklung hat sich nicht erweichen lassen. Die Industriellen haben mit dem Handwerker kein Mitleid gehabt. Sollen jetzt die Arbeiter mit den Industriellen Mitleid haben? Der Handwerker wurde langsam ausgefressen, und als er völlig mittellos geworden war, ging er als Arbeiter in die Fabrik dessen, der ihn mit zum Proletariat gemacht hatte, und ward Lohn-

arbeiter in der Fabrik. Niemand entschädigte ihn für seine Verluste. Wird aber heute ein Unternehmer enteignet, so kann er auf Entschädigung aus Staatsmitteln rechnen. Er ist also ungleich besser daran als der Handwerker es war, als er — durch die ökonomische Entwicklung — enteignet wurde. Selbst wenn der Industrielle von heute ohne Ablösung abgefunden würde, wäre er noch besser daran, denn er hat in der langen Kriegszeit mit ihren Kriegsgewinnen etwas hinter sich gebracht, ist vielfach Millionär, und oft mehrfacher, geworden, wogegen der von der ökonomischen Entwicklung enteignete Handwerker aus diesem Umwandlungsprozeß arm wie eine Kirchenmaus hervorging. . .

Etwas über Diktatur des Proletariats.

Wir haben uns verschiedene Male gelegentlich gegen eine Diktatur des Proletariats erklärt, ohne dargelegt zu haben, was die Anhänger der Diktatur des Proletariats unter dieser verstehen. Um der Gerechtigkeit willen wollen wir es in nachfolgendem tun. Diktatur des Proletariats ist nach den eigenen Angaben der Freunde der Diktatur weiter nichts, als der Ausschluß der Bourgeoisie von jedem, auch noch so geringem Anteil am Besitze der Macht; nur das Proletariat soll herrschen, ganz allein. Mit Schreckensherrschaft, mit Terror, mit Blutvergießen hat das aber nicht das Geringste zu tun. Es ist vielmehr, wie die Diktatoren behaupten, nur eine Umkehrung des bisherigen Zustandes, und wie sie weiter sagen, eine bedeutende Annäherung an die Demokratie. Das sucht man dadurch zu beweisen, daß man fragt: Was bedeutet denn Demokratie? Und daß man auf diese Frage antwortet: Angeblich soll sie doch ein politischer Zustand sein, in welchem der Wille der Mehrheit entscheidet. Wie sei es denn aber bisher immer gewesen und, wie sei es noch heute, viele Monate nach der Revolution? Und man sagt — wie in dem Werkchen „Die Diktatur des Proletariats“ von Julian Borchardt*):

„Das Statistische Jahrbuch für Preußen weist im Jahre 1917 rund 15½ Millionen Erwerbstätige auf. Davon hatten:

unter 900 Mk. Einkommen	8 260 000 = 53½ Proz.
900—3000	6 150 000 = 40
zusammen 14 410 000 = 93½ Proz.	

Diese 93½ Proz. der Bevölkerung waren also schlechthin Proletarier. Aber auch unter den etwas besser Gestellten sieht es noch eigentümlich aus. Es hatten:

8 000— 9 500 Mk. Einkommen	830 000 = 5½ Proz.
9 500— 30 500	128 000
30 500—100 000	82 000 = 1
über 100 000	9 000

Bei den Preisen, die 1917 bereits herrschten, war auch ein Einkommen von 4000 und 5000 Mk. nur ein recht mäßiges; Kapitalisten waren die Leute nicht, die solches Einkommen hatten. Man geht wahrscheinlich schon zu weit, wenn man noch alle Leute mit 10 000 und 11 000 Mk. als Kapitalisten rechnet. Aber selbst wenn man das tut, wenn man also schlechthin alle, deren Jahreseinkommen 9500 Mk. übersteigt, als Kapitalisten ansehen will, dann betrug die Anzahl der Kapitalisten in Preußen im Jahre 1917 gerade 1 Proz. der Bevölkerung! Von den übrigen waren etwa 95 Proz. (nämlich alle, die nur ein mäßiges Arbeitseinkommen hatten) reine Proletarier, und die übrigen 4 Proz. befanden sich in einer recht präkären Mittellage, insbesondere in strenger Abhängigkeit von den Kapitalisten.

In der vorliegenden Schrift, die sich in der Hauptsache an Leser wendet, welche die Schule der sozialdemokratischen Agitation durchgemacht haben, braucht nicht erst auseinandergelegt zu werden, daß das eine Prozent der Besitzenden tatsächlich die gesamte politische und wirtschaftliche Macht besaß und über die übrigen 99 Proz. herrschte. Die Besitzenden allein machten die Gesetze, sie allein verfügten, was Recht und Ordnung sei. Wie hätte denn — um nur ein Beispiel zu erwähnen — jemals der Weltkrieg ausbrechen können, wenn die Masse der Besitzlosen, die 99 Prozent, die im Kriege ihre Haut zu Markte trugen, ohne den geringsten Vorteil davon erhoffen zu können, ein ernstliches Wort mitzureden gehabt hätten! Die Besitzenden allein bestimmten, was im Staate zu geschehen habe, und richteten alles ein, um das zu sichern, was sie „Ruhe und Ordnung“ nennen, nämlich die kapitalistische Ausbeutung. Als ihr selbstverständliches Recht verlangten sie, daß die übrigen 99 Prozent der Bevölkerung sich ihrem Gebote fügten. Wer etwa daran zweifelt, daß es so gewesen ist, der lese Lassalle's treffliche Schrift „Ueber Verfassungen“. Und wenn je einmal die Proletariermassen nicht ganz still halten wollten, dann kommandierten sie Infanterie, Kavallerie und Artillerie und betrachteten es wiederum als ihr gutes Recht, dazwischenzuschlagen zu lassen. Als Schuldige an dem vergossenen Blut aber klagen sie die Auführer an, und all das erschien ohne weiteres als richtig und selbstverständlich.

Von Demokratie war ein solcher Zustand, wo eine winzige Minderheit der übergroßen Mehrheit das Gesetz vorschrieb, offenbar weit entfernt.

Wer ist denn das nicht alles seit der Revolution geändert? Haben wir nicht jetzt eine Nationalversammlung, gewählt von allen Mitgliedern des Volkes, so daß sie deren Willen klar zum Ausdruck bringt?

Nicht! Es ist geändert. Solange die kapitalistische Ausbeutung besteht, solange die kapitalistische Art zu wirtschaften andauert, so lange befindet sich alle tatsächliche Macht nach wie vor in den Händen der Besitzenden. Es ist an dieser Stelle nicht nötig, das erst noch zu beweisen. In den Schriften der deutschen Sozialdemokratie ist der Beweis jahrzehntlang geführt worden. Deshalb wissen es die Führer der deutschen Sozialdemokratie auch ganz genau, daß sie gegenwärtig nicht die Demokratie verteidigen, sondern eine Diktatur, nämlich die Diktatur einer winzigen Minderheit über die große Masse des Volkes. Es genügt, einen einzigen Satz von Lenin***) anzuführen, um das zu zeigen. In der kapitalistischen Gesellschaft, sagt Lenin, bleibt die Demokratie stets eine Demokratie der Minder-

heit, eine Demokratie der Besitzenden, der Reichen, denn angesichts der Lage, in die sie die kapitalistische Ausbeutung versetzt, bleiben die Proletarier so von Not und Armut bedrückt, daß sie weder an Demokratie noch an Politik zu denken Zeit haben, so daß die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ferngehalten wird. Was nützt ihnen da selbst das freieste Wahlrecht!

Diesen Zustand gilt es umzukehren. Genau so wie bisher die 99 Proz. der Bevölkerung sich dem einen Prozent unterordnen mußten, genau so wird verlangt, daß von nun ab die 99 Proz. — oder wenigstens die 95 Prozent, deren proletarische Klassenlage zweifellos ist — die Gesetze machen und daß die übrigen wenigen Prozent sich dem Willen dieser Mehrheit fügen. Auch das ist freilich keine Demokratie, und wir verächteln die Heuchelei, diesen Namen anzuwenden. Wir nennen es offen und ehrlich die Diktatur.

Soweit Julian Borchardt in dem Abschnitt „Worin die Diktatur des Proletariats besteht“ des Werkchens „Die Diktatur des Proletariats“. Und wir müssen zugeben: an sich ist die Diktatur gar nichts Schlimmes. Sie wird es erst, wenn die ihr Unterworfenen sich gegen sie auflehnen und die Diktatoren dann zwingen, diese ihre Auflehnung niederzu-zwingen. Dann entsteht erst das, was so viele von der Diktatur fürchten. Das ließe sich aber auch vermeiden, wenn die Diktatoren auf die Diktatur verzichten würden, wenn sie die 1 oder 5 Proz. der Nichtproletarier nicht von der Macht ausschließen, sondern sie, auf Grund demokratischen Rechts, an der Macht teilnehmen ließen, die ihnen, den Diktatoren, bei der ihnen ergebenden Proletariermasse von 95 bis 99 Proz. ja doch für alle Fälle allein verbleiben muß. Weshalb denn jemand entretten, der ohnmächtig wäre, sein Recht zu seinen Gunsten und zum Schaden des Proletariats auszuüben, lediglich weil man ihn fürchtet? Und weshalb denn eine offensichtliche Ungerechtigkeit begehen, wenn das nur auf einer Seite Erbitterung und Widerstand erzeugen kann, ohne an dem Machtverhältnis etwas zu ändern? Und weshalb jemand fürchten, der zwar nicht rechtlos, aber doch machtlos wäre, sich mit rechtlichen Mitteln an der ihm soeben entwendeten Macht zu halten? Und weshalb jemand entretten, dessen Ausübung von Rechten die Macht der nun einmal mächtig Gewordenen nicht schmälern könnte? Und weshalb einen durch die gegnerische Macht schon faktisch Entrechteten noch direkt für rechtlos erklären und ihn so zu widerrechtlicher Auflehnung reizen, die ihm nicht in den Sinn gekommen wäre, wenn man ihm seinen Rechtstitel gelassen hätte, der ihm ja doch seine Ohnmacht nicht weniger fühlbar gemacht haben würde? Weshalb eine Diktatur des Proletariats proklamieren, die es schon in seiner numerischen Ueberlegenheit hat, wenn es sie haben will? Und will das Proletariat seine Diktatur nicht, es setzt sich aber doch eine Diktatur für das Proletariat durch — aus seinen Gönnern —, kann dann diese Diktatur für das Proletariat nicht leicht zu einer Diktatur über das Proletariat ausarten? —

Geschähe das, so wäre das Proletariat statt der kapitalistischen der kommunistischen Diktatur unterworfen. Zu seinem Gei! — Wir bezweifeln es. Wir können nur die Diktatur des Proletariats selbst als für dieses heilbringend erachten. Und diese proletarische Diktatur kann sich mit Erfolg nur auf der numerischen Macht des Proletariats gründen. Diese Macht wird wirksam werden durch den Willen im Proletariat. Und dieser Wille zur Macht kann nur das Werk der Ueberzeugung im Proletariat sein, daß seine gesamten kulturellen Interessen im Sozialismus oder Kommunismus, wenn man es lieber so nennen hört, am besten gewahrt sind. Bringt man dem Proletariat diese Ueberzeugung bei, wird es über alle seine Widerfacher die politische Macht gewinnen, ohne sie entretten zu müssen, und es hat dann auch nicht zu befürchten, daß es einer wie immer gearteten Diktatur unterworfen wird; es wird dann stets selber „diktieren“ können — auf Grund seiner demokratischen Macht.

Unfallvertrauensmänner.

Unfallvertrauensmänner aus Arbeiterkreisen will der Präsident des Reichsversicherungsamts, Herr Dr. Kaufmann, der berufsgenossenschaftlichen Betriebsüberwachung angegliedert wissen. Die Arbeiter werden sich mit diesem Zugeständnis nicht allgemein begnügen wollen und bei der heutigen Stimmung in sozialer Richtung vielfach geneigt sein, die berufsgenossenschaftliche Betriebsüberwachung nur Arbeitern anzuvertrauen. Die Bedenken, die Herr Kaufmann gegen eine solche Behandlung der Sache geltend macht, dürften jedoch nicht so leicht von der Hand zu weisen sein und es erscheint uns klug gehandelt zu sein, seinen Vorschlag einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen, der dahin geht, den technischen Aufsichtsbeamten für die Befichtigung der Betriebe Unfallvertrauensmänner aus Arbeiterkreisen beizugeben. Durch sie könnte die Befichtigung leichter zur Auffindung von Schäden kommen als ohne ihre Mitwirkung. Dagegen könnte mancher Schaden übersehen werden, wenn man die technischen Aufsichtsbeamten von der Ueberwachung ganz ausschalten würde.

Kaufmann sagt darüber in der „Soz. Praxis“ (Nr. 25):

Die Verhältnisse weichen bei den einzelnen Berufsgenossenschaften in wesentlichen Punkten voneinander ab. Nur durch eine solchen Verschiedenheiten Rechnung tragende Regelung kann eine befriedigende Lösung gefunden werden. In Uebereinstimmung mit der bisherigen Auffassung des Reichsversicherungsamts ist von den Beamten des technischen Aufsichtsdienstes fachtechnische Vorbildung, Vertrautheit mit den einzelnen Betriebsarten und Betriebseinrichtungen, mit der Betriebsführung und dem Fabrikationsvorgang, der Verwendung der Betriebsmittel und der dabei vorkommenden Arbeitstätigkeiten zu verlangen. Ferner Verständnis für die auftretenden Betriebsgefahren, die zu ihrer Verhütung dienenden Maßnahmen und deren wirtschaftliche Folgen. Hieron ausgehend, fragen wir zunächst, ob bei Berufsgenossenschaften, die durchgehends Betriebe mit verwickelten, technisch schwer zu übersehenden Einrichtungen umfassen, die Betriebsüberwachung durch ständige Hilfsorgane aus dem Arbeiterstande wesentlich gefördert werden kann. Das halte ich nicht für wahrscheinlich. Hier reichen für eine ersprießliche Aufsichtstätigkeit, die auch eine Verherrlichung der Gesetze der Statik und Dynamik voraussetzt, die Erfahrungen eines Arbeiters im allgemeinen nicht aus. Die Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften vermittelt ihm noch nicht die des besonderen Zwecks der einzelnen Betriebseinrichtungen, ihrer Verwendung und Handhabung sowie der Eigen-

art der Unfallgefahren. Ähnlich liegt es bei Berufsgenossenschaften, die bunter zusammengesetzt mannigfaltige Gewerbe-zweige mit verschiedenartigen Betriebseinrichtungen aufweisen. Trotz ausreichender Kenntnis im eigenen Betriebe werden die Arbeiter in anderen Gewerbe-zweigen ihrer Berufsgenossenschaft nicht genügend abwandert sein. Solche Berufsgenossenschaften werden aber die Erfahrungen der Arbeiter in anderer Weise, mehr von Betrieb zu Betrieb, für die Ueberwachung bewerten können. Und zwar so, daß sie für die einzelnen Betriebe aus den Arbeitern „Unfallvertrauensmänner“ bestellen, die den technischen Aufsichtsbeamten bei der Befichtigung des Betriebes beiseite, ihm Anregungen geben und über nicht offen zutage liegende Schäden berichten. Ueber den eigenen Betrieb und dessen Gefahren wohlunterrichtete Arbeiter werden zudem in der Lage sein, fortlaufend auf die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken und hierüber mit den technischen Aufsichtsbeamten in Fühlung zu bleiben, auch das Interesse ihrer Arbeitsgenossen für den Unfallschutz zu wecken und urteilslose Elemente unter ihnen aufzuklären. Die Beziehungen im Betriebe längere Zeit befristeter Arbeiter zu dem Unternehmer und den Betriebsbeamten ermöglichen endlich eine den Interessen der Unfallverhütung förderliche Einwirkung der „Unfallvertrauensmänner“ auf Unternehmer und Betriebsbeamte. Die Befürchtung, daß ein bei der Beaufsichtigung des eigenen Betriebs beteiligter Arbeiter als unbequemer „Aufpasser“ durch den Unternehmer benachteiligt oder gar entlassen werden könnte, verliert an Bedeutung, wenn die Berufsgenossenschaft den Arbeiter in diese Vertrauensstellung eingesetzt hat. Die „Unfallvertrauensmänner“ würden von ihren Mitarbeitern entweder gewählt oder der Berufsgenossenschaft bezeichnet, wobei letztere die Vorschläge hinsichtlich zu berücksichtigten hätte. In Zwergebetrieben würden „Unfallvertrauensmänner“ entbehrlich sein. Daher wäre ihre Bestellung von dem Vorhandensein einer Mindestarbeiterzahl, etwa von 10, abhängig zu machen. Für gewerbliche Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern stehen die nach der Verordnung der Volksbeauftragten vom 28. Dezember 1918 über Tarifverträge usw. zu errichtenden Arbeiterausschüsse zur Verfügung. Nach § 13 dieser Verordnung sollen sie neben anderen Obliegenheiten „ihre Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe richten und bei Betrieben, die unter Titel VII der Gewerbeordnung fallen, die Gewerbeaufsichtsbeamten, im übrigen andere in Betracht kommende Stellen, bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft unterstützen“. Den Ausschuß beauftragt also ein Teil der Aufgaben, die den „Unfallvertrauensmännern“ zugeordnet sind. Daher kann dieses Amt dort, wo Arbeiterausschüsse bestehen, einem aus seiner Mitte zu wählenden oder der Berufsgenossenschaft vorzuschlagenden Arbeiter übertragen werden. Ein Neben- oder gar Gegeneinanderarbeiten dem gleichen Ziel Zustrebender ist zu vermeiden. Für die der Betriebsüberwachung gewidmete Tätigkeit, soweit sie sich innerhalb der Arbeitszeit abspielt, würde der „Unfallvertrauensmann“ seinen Lohn von dem Unternehmer beziehen. Sache der Berufsgenossenschaft wäre es, sich mit letzterem wegen etwaiger Rückzahlung zu verständigen. Dagegen müßte der „Unfallvertrauensmann“ für besondere Mithewaltungen außerhalb der Arbeitszeit von der Berufsgenossenschaft entschädigt werden. Seine Aufmerksamkeit und sein Pflichterfüllen ließen sich durch Festsetzung von Prämien für brauchbare technische Vorschläge anspornen.

Von der Tätigkeit der „Unfallvertrauensmänner“ verspreche ich mir nach mancher Richtung Verbesserungen für die Unfallverhütung. Aber eines wird durch sie nicht erreicht, nämlich eine Entlastung der technischen Aufsichtsbeamten. Die Zahl der ihnen obliegenden Betriebsbefichtigungen vermindert sich nicht, wiewohl sich die einzelne Befichtigung infolge der Unterstützung der „Unfallvertrauensmänner“ rascher und ergiebiger vollziehen mag. Das weist auf noch andere Wege für die Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsüberwachung hin. Dazu kommt, daß die Zahl der Betriebsbefichtigungen wesentlich erhöht werden muß und daß, falls alle diese Befichtigungen durch gut vorgebildete technische Aufsichtsbeamte erfolgen sollten, den Berufsgenossenschaften Mehrlasten aufgebürdet würden, die manche von ihnen in Zukunft kaum ertragen können. Dies führt ebenfalls zur Heranziehung angesehener besoldeter, aber nach Rückkehr geregelter Lohnverhältnisse weniger kostspieliger Hilfskräfte aus dem Arbeiterstande hin. Sie eignen sich für Berufsgenossenschaften, die Betriebe mit vielfach beschränkter Arbeiterzahl und mit überwiegend gleichartigen einfacheren Einrichtungen aufweisen. Ständige Arbeiterkontrolloren kommen auch für Berufsgenossenschaften in Betracht, bei welchen sich neben technisch weiterentwickelten einfache Betriebe in großer Zahl finden. Ich lenke an gewöhnliche Schlossereien bei den Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaften, Bäckereien und Fleischerereien mit einfachem Maschinenbetrieb, bei der Nahrungsmittelindustrie oder bei der Fleischererei-Berufsgenossenschaft, an einfache Steinbrüche und Gräbereien, Wärfel- und Fuhrwerksbetriebe. Diese Beispiele lassen sich leicht vermehren. Bei Berufsgenossenschaften oder Betriebsgruppen dieser Art sind ständige Arbeiterkontrolloren ein willkommeneres Mittel zur Entlastung der technischen Aufsichtsbeamten und zur Verstärkung der Betriebsüberwachung. Für eine fachgemäß zu umgrenzende Aufsichtstätigkeit genügen hier die Kenntnisse eines erfahrenen Arbeiters, zumal wenn er durch den technischen Aufsichtsbeamten mit Verständnis in seine neue Tätigkeit eingeführt wird und ihm die Berufsgenossenschaft durch Lehrkurse im Unfallschutz und der Betriebsüberwachung oder in anderer geeigneter Weise Gelegenheit gibt, sein Wissen lebendig zu erhalten oder noch zu vermehren. Bei den meist stetigen und sich nicht sprunghaft ändernden Betriebsweisen, um die es sich in diesen Fällen handelt, wird es auch für die fachliche Eignung des Arbeiterkontrollors nicht schädlich sein, daß er aus der Arbeit ausscheidet oder schon vorher ausgeschieden war. Während seiner Einführungszeit würde der Arbeiterkontrollor nur zu ermitteln und an den technischen Aufsichtsbeamten zu berichten haben, ähnlich wie es für die weiblichen Assistenten der Gewerbeinspektionen und die bergmännischen Sicherheitsmänner allgemein vorgeschrieben ist, dagegen keine Anordnungen im Betriebe treffen dürfen. Um die Arbeitskraft einer ständigen Hilfsperson ausgiebig zu verwerten, könnte sie unter Umständen für mehrere Berufsgenossenschaften gleichzeitig tätig sein. Beispielsweise ließe sich die Ueberwachung sämtlicher Fuhrstufanlagen eines bestimmten Bezirkes einem als Arbeiterkontrollor zu bestellenden geschickten Monteur übertragen. Wird aber der als Arbeiterkontrollor in ein besoldetes Beamtenverhältnis zur Berufsgenossenschaft eingetretene frühere Arbeiter sich auf

*) Preis 60 Pf. Verlag der „Sichtstrahlen“: Julian Borchardt, Berlin-Niederschlesische, Schwedterstr. 1.
**) In seinem Buche „Staat und Revolution“, Verlag der „Sichtstrahlen“, Dichterfeld 1919, S. 72.

die Dauer das Vertrauen seiner Genossen erhalten, läuft er nicht Gefahr, allmählich nur der Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft zu werden oder doch als solcher von den Arbeitern beurteilt zu werden? Das ist ein nicht zu unterschätzendes Bedenken, dem jedoch durch sorgfältigste Auswahl der Arbeiterkontrollen begegnet werden könnte. Ich nehme an, daß es durch Verständigung der Berufsgenossenschaften mit den gewerkschaftlichen Organisationen möglich sein würde, Persönlichkeiten zu finden, die dauernd Licht und Schatten nach rechts und nach links zu verteilen wissen und auch des Vertrauens von beiden Seiten sich dauernd erfreuen werden. Es wäre besonders zu begrüßen, wenn auch kriegsbeschädigten ehemaligen Arbeitern Gelegenheit gegeben würde, ihre Erfahrungen als Arbeiterkontrollen nützlich zu verwerten. Schließlich ist zu bemerken, daß „Unfallvertrauensmänner“ und „ständige Arbeiterkontrollen“ sich nicht ausschließen, so daß gegebenenfalls von den Berufsgenossenschaften beide Wege nebeneinander beschritten werden können. Die hier empfohlene Regelung berührt sich, was zur Herbeiführung gleichartiger Verhältnisse auf verwandten Gebieten erwünscht ist, in wesentlichen Punkten mit dem bisher in Bayern und Württemberg geltenden und neuerdings auch für Preußen durch eine Verordnung des Staatskommissars für das Wohnungswesen vom 13. Dezember 1918 erlassenen baupolizeilichen Vorschriften. Auch die preussische Verordnung sieht eine Beteiligung der Arbeiter bei der Ueberwachung der Bauten in doppelter Art, als ständige Kontrollen oder als Vertrauensleute, vor. Letzteres für Bezirke, wo eine außerterminliche Bautenkontrolle mangels nicht vollständiger Ausübung einer Arbeitskraft bisher nur gelegentlich gehandhabt wurde oder überhaupt nicht eingeführt war.“

Mögen die gewerblichen Berufsgenossenschaften bald in dieser Frage zur Tat übergehen und sich, je nach ihrer Eigenart, für die eine oder andere, vielleicht sogar für beide Formen, einer Beteiligung von Arbeitern an der Betriebsüberwachung entschließen. Es handelt sich nur darum, einem Gebot der Stunde folgend, durch zweckmäßige Fortbildung des Unfallschutzes den uns verbliebenen Menschenbestand tunlichst zu erhalten. Wir unterstützen auch dadurch Energien, die begabte Arbeiter aus ihrem engen Arbeitsbereich nach Weiterbildung, höherer Einsicht und nach Mitwirkung bei Durchführung von Einrichtungen drängen, deren eigenes Ziel der Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter ist. Diesem Streben entgegenkommen, heißt nicht, sich vor dem Geist einer neuen, politisch anders gerichteten Zeit verbeugen.“

Die individualistische Wirtschaftsweise.

Die Quelle aller Wohlfahrt ist die Arbeit. Zwar wächst so manches, ohne daß der Mensch dafür einen Finger rührt, doch will er es genießen, muß er schon die Glieder rühren; wenigstens um die Frucht an sich zu bringen, muß er also tätig sein, Arbeit vollbringen. Die Quelle aller Wohlfahrt ist also Arbeit; ohne Arbeit ist dem Menschen nichts erreichbar. Würde auf einem gewissen Gebiet nur ein einziger Mensch leben, er müßte verhungern, wollte er keine Arbeit leisten, denn selbst die reife Frucht fällt nicht von selbst in die Scheuer, sondern muß meist in mühevoller Sammeltätigkeit eingeharnt werden. Das wäre auch noch der Fall, wenn die Frucht in jedem Fall reif zur Erde fiel; auch das Auflesen der Früchte von dort wäre eine Arbeit. Meist bedarf es aber, um in den Besitz edler, reifer, nährender Früchte zu gelangen, vor der Ernte einer Reihe Arbeiten, ohne die man zur Ernte kaum gelangen würde. Noch mehr Arbeit als die Nahrung erfordert in der Regel die Kleidung und die Behausung und was der Kulturbedürfnisse sonst noch sind, die der Mensch hat. Ein Mensch, auf sich allein angewiesen, würde die Arme also tüchtig rühren müssen, wenn er leben wollte; ohne Arbeit wäre er nicht zu leben imstande. Der Mensch ist also durch seine Lebensbedürfnisse zur Arbeit gezwungen. Daraus ergibt sich für jeden, der lebt, die Pflicht zur Arbeit.

Die Arbeit braucht nicht für alle die gleiche zu sein. Sie kann geteilt sein; der eine kann mehr erzeugen, der andere mehr verwaltet tätig sein und beider Arbeiten können gleich nützlich sein. Die Arbeit im Bureau kann so nützlich sein wie die in der Werkstatt oder auf dem Felde, die Arbeit des Transports und des Verschleißes so nützlich wie die der Erzeugung. Alle leisten gesellschaftlich nützliche Arbeit. Doch eigentlich untätig, d. h. ohne gesellschaftlich nützliche Arbeit irgendeiner Art zu leisten, dürfte niemand sein; wer in der Gesellschaft lebt, ohne sich irgendwie für sie nützlich zu machen, lebt von der Arbeit anderer mit, ist ein Schmaroher, den auf schnellste Weise unschädlich zu machen, die Gesellschaft berechtigt wäre.

Doch wieviele solcher Schmaroher gibt es nicht! Und leben sie nicht meist sogar besser als die Arbeitenden? Obwohl es allen klar ist, daß jeder zur Arbeit verpflichtet ist, drücken sich doch viele, die Geld haben, von der Pflichtarbeit. Und es ist höchst sonderbar, daß jeder, der genug Geld hat, aber keine Lust zur Arbeit, auch ohne Arbeit durchkommt. Er braucht nur sein Geld zu verleihen und bekommt dann soviel an Zinsen dafür, daß er manchmal mehr zu verzehren hat als der Arbeitende. Das ist, wie gesagt, höchst sonderbar. Es ist aber auch höchst ungerecht, und zwar um so mehr, da das erorbene Geld selten allein aus der eigenen Arbeit erworben, sondern meist der Ertrag der Arbeit anderer ist.

Wie? Der Arbeit anderer? — Ja, der Arbeit anderer. Aus dem ursprünglich kommunikativen Kottenbetriebe ist später der individuelle Einzelbetrieb entstanden, der sich dann wieder zum Kottenbetriebe auswuchs. Nun war der Kottenbetrieb aber nicht mehr kommunikativ wie einstmal, an der Schwelle der Menschheit, sondern es gab nun einen Unternehmer, der mehrere andere Leute für sich beschäftigte, sie mit einem Lohn für ihre Arbeit abfand, der nicht an den Preis heranreichte, den er für ihre Arbeit erzielte. Dadurch wuchs seine Einnahme über den Betrag des zum Leben notwendigen hinaus und er konnte Ersparnisse machen, die ihn nun von der Arbeit befreiten, weil der Zinsertrag seines Kapitals von mindestens derselben Kaufkraft ist, wie der Arbeitslohn eines der besten Arbeiter. Wer also Geld hat — es müssen freilich schon viele Tausende sein —, der kann sich von der Pflichtarbeit loskaufen und braucht dennoch auf nichts, was die Arbeit bietet, zu verzichten, ja, kann sich im Gegenteil in der Regel noch mehr leisten als der Arbeitende. Das bringt die herrschende individualistische Wirtschaftsweise mit sich, von der es heißt, daß in ihr Geld die Welt regiert. Und die Regentkraft des Geldes geht soweit, daß sie sogar die Arbeit verachtet, die Arbeit, jenes Sakrament, das, wie wir

gesehen haben, dem Menschen doch erst das Leben auf die Dauer ermöglicht. Die Herrschaft des Geldes hat auch jene Ansicht gezeitigt, daß es Reiche und Arme geben müßte, da nicht alle reich und nicht alle arm sein könnten, daß die Einen von den Anderen abhängen, daß nicht alle reich sein könnten, weil sonst niemand arbeiten wollte, daß die Reichen aber notwendig seien, weil ohne sie die Armen keine Beschäftigung hätten, also auch keinen Lebensunterhalt.

Wie man sieht, ist das alles ganz falsch. Nicht die Armen hängen von den Reichen ab, sondern die Reichen von den Armen. Würden die Reichen als solche beseitigt, d. h. ihres Charakters als Schmaroher entkleidet, bräuchten die Armen für sie nicht mitzuarbeiten; würden aber die Armen ihres Charakters als Parasiten entkleidet — die für andere mitarbeiten müssen —, so müßten die Reichen, trotz ihres Reichtums, arbeiten, um leben zu können.

Wie kommt es nun aber, daß die Armen für die Reichen mitarbeiten müssen? Einfach so: die Reichen sind im Besitze der Arbeitsmittel und sie lassen einen Armen sich dieser Arbeitsmittel nur bedienen unter der Bedingung, daß er nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit fordert, sondern seinem Unternehmer (dem Unternehmer) soviel davon läßt, daß er selber seinen Lebensaufwand davon mehr oder weniger bestreiten kann. Alle heutige wirtschaftliche Ungerechtigkeit, alle aus dieser Ungerechtigkeit sich ergebende Ungleichheit, alle diese Ungleichheit darstellende Leppigkeit auf der einen Seite, und der Mangel auf der anderen, alles das entsteht daraus, daß der Arbeiter nicht Besitzer der Arbeitsmittel ist, daß er von ihnen getrennt ist, daß er dem Besitzer für den Gebrauch der ihm leihweise überlassenen Arbeitsmittel einen Tribut zahlen muß, den man Profit nennt, der, auf den einzelnen Arbeiter berechnet, gering sein kann, bei der großen Zahl der Arbeiter und der verhältnismäßig kleinen der Unternehmer und Kapitalisten aber einen Umfang annehmen kann, daß er auf der einen Seite, von der er genommen ist, fürchtbares Elend erzeugen kann, auf der anderen Seite aber, wo er hingelenkt wird, ungeahnten Ueberfluß. Und so ist es gekommen. Und das charakterisiert die individualistische Wirtschaftsweise mit ihren zahllosen wirtschaftlichen Kämpfen um die Existenz, um den Arbeitsvertrag, und rechtfertigt die Forderung nach der sozialistischen Wirtschaftsweise, unter deren Herrschaft nur gehen soll, wer arbeitet, d. h. wer gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet, wo an Stelle der Herrschaft des Geldes die Herrschaft der Vernunft tritt, die nicht duldet, daß der eine für den anderen mitarbeitet, und dafür womöglich noch darbt, während der, für den er mit tätig ist, im Ueberfluß schwelgt.

Doch da kommen wir ja gerade auf die Hauptübel der individualistischen Wirtschaftsweise: auf den Mangel und den Ueberfluß. Mangel und Ueberfluß gebären bekanntlich eine Reihe anderer Uebel sozialer und kultureller Art, die wieder solche verschiedener anderer Art erzeugen: Uebel moralischer, sanitärer und sonstiger Art. Der Ueberfluß auf der einen Seite muß übermäßig, ja hochmütig machen, der Mangel auf der anderen Seite übelgelaunt und neidisch. Sozial und kulturell kommen die einen hoch, bleiben die anderen zurück. Moralisch werden die einen durch den Ueberfluß, die anderen durch den Mangel verdorben und sanitär geschädigt.

Die soziale Ungleichheit mit allen ihren kulturschädlichen Folgen der verschiedensten Art ist also das charakteristische Merkmal der individualistischen Produktions- und Gesellschaftsform, die soziale Gleichheit mit ihren kulturfördernden Folgen der verschiedensten Art soll dagegen die sozialistische Produktions- und Gesellschaftsform auszeichnen und ihr den Stempel aufdrücken. Sie soll uns von allen Gebrechen, die ihre Vorgängerin gezeitigt hat, befreien und uns einem Zustande sozialer und kultureller Gleichheit und Vollkommenheit entgegenführen, wie ihn die individuelle Produktions- und Gesellschaftsform nie erzeugen könnte.

Wie das geschehen soll, darüber in einem zweiten Artikel.

Erzeugerpreise für das Jahr 1919.

Durch Verordnung vom 15. Juli hat das Reichsernährungsministerium mit Zustimmung des Staatenausschusses und des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung Preise für die landwirtschaftliche Erzeugung aus der Ernte 1919 festgelegt, soweit diese öffentlich bewirtschaftet werden. Um es gleich vorweg zu sagen: die Preisfestsetzung bedeutet eine Erhöhung des Getreide-, des Vieh- und Kartoffelpreises. Es war für die verantwortlichen Stellen nicht leicht das Richtige zu finden. Auf der einen Seite verlangen die Landwirte eine Heraufsetzung der Preise und begründen es durch die Tatsache, daß alle Produktionsmittel der Landwirtschaft wie Löhne, Düngemittel, Maschinen und sonstiges Betriebsmaterial zum Teil um ein Vielfaches im Preise gestiegen sind. Auf der anderen Seite verlangen die arbeitenden Schichten einen Preisabbau. Unter normalen Verhältnissen wäre die Preisregulierung nicht so schwierig. Jetzt spielen aber mehr denn sonst neben den landwirtschaftlich-technischen und neben den volkswirtschaftlichen auch politische Momente eine erhebliche Rolle. Wenn sich trotz der genannten politischen Lage die verantwortlichen Stellen zu einer Preiserrhöhung herbeiließen, so ist das ein Beweis, daß dafür durchschlagende Gründe maßgebend sein müssen.

Das Reichsernährungsministerium hat dem Ausschuss eine Denkschrift über die Erhöhung der Produktionskosten in der Landwirtschaft vorgelegt. Danach sind die Produktionskosten seit dem Jahre 1914 um mindestens 180 Proz. gestiegen. In manchen Fällen noch weit mehr. Weiter muß berücksichtigt werden, daß eine Verringerung des Ertrages der Ernte zu verzeichnen ist, weil wir Mangel an Kunstdünger, an Spatwies und an Arbeitern hatten. Wir haben ein großes Interesse daran, unsere einheimische Produktion zu steigern; wir brauchen dann um so weniger die fehlenden Produkte durch Zufuhr aus dem Auslande zu ergänzen. Das ausländische Brotgetreide kostet bei dem niedrigen Stande unserer Wälua und den erheblichen Transportkosten gegenüber den deutschen Produkten mindestens das Dreifache. Je weniger wir aus dem Auslande einführen, um so erheblicher ist die Ersparnis an deutschem Volkvermögen.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände wurde beschlossen, den Roggenpreis für das Berliner Preisgebiet auf 405 Mk. festzusetzen, also um 100 Mk. oder 33 Proz. mehr gegenüber dem Vorjahre. Für Weizen wurde unter Berücksichtigung der bisherigen Spannung und angesichts der größeren Ansprüche des Weizens an Pflege und Dünger 450 Mk. für das

niedrigste östliche Preisgebiet für angemessen betrachtet. Der Preis der Gerste ist im Hinblick auf ihre weitgehende Heranziehung als Brotgetreide auf der Höhe des Roggenpreises gehalten. Würde die Preiserrhöhung sofort bei der Preisfestsetzung zur Geltung kommen, dann bedeutete das eine Erhöhung pro Kopf und Tag um einige Pfennige. Um jedoch eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse durch die Erhöhung des Brotgetreides jetzt zu vermeiden, wird die Erhöhung bis zum 1. Oktober auf die Reichskasse übernommen und der Mehrpreis gegenüber dem bisherigen Getreidepreis aus dem zur Senkung der Lebensmittelpreise zur Verfügung gestellten 1 1/2-Milliardenfonds gedeckt. Eine Verbesserung des Brotes ist mit der Preiserrhöhung verbunden. Es wurde nämlich eine sofortige Ausmahlung des Getreides zu nur 81 Proz. zugelegt. Auf diese Weise gelingt es, ein verdaulicheres Brot, alsdann aber auch abfallende Mele für das Vieh zu erhalten und dadurch wieder die Milchherzeugung und die Fleischerzeugung zu heben. Für die Kartoffeln wurde der Grundpreis von 125 Mk. für die Tonne als angemessen gehalten. Der Preis kann nach den regionalen Verschiedenheiten bis zu 145 Mk. erhöht werden.

Da in diesem Jahre keine Druschprämie gewährt wird, kommt die Heraufsetzung der Getreidepreise auch nicht sofort zur Geltung. In den ersten Wochen erreicht der neu festgesetzte Preis die Höhe des vorjährigen Preises einschließlich der Druschprämie.

Gleichzeitig sind die Schlachtviehpreise im Durchschnitt um 15—20 Mk. für den Zentner erhöht worden. Gerade dadurch, daß die Vieh- und Getreidepreise gegenüber den anderen Produkten wesentlich im Preise zurückgeblieben sind, ist es gekommen, daß die Landwirte vielfach Delfrüchte oder Gemüse angebaut haben, um auf ihre Kosten zu kommen, was auf unsere gesamte Ernährung ungünstig zurückwirkt.

Die Arbeiterchaft hätte es lieber gesehen, wenn die Preiserrhöhung vermieden worden wäre. Ein Keil treibt den anderen; aber nach der umfangreichen Begründung, dem Inhalt der Denkschrift, nach den eingehenden Erörterungen im Wirtschaftsausschuss, im Reichsernährungsministerium und im Staatenausschuss kann man sich den Gründen für die Preiserrhöhung kaum verschließen. Die arbeitende Bevölkerung würde, wenn der Schleichhandel zurückgedrängt würde, keine erhöhten Ausgaben zu machen brauchen. Denn heute beziehen viele das eine oder andere der genannten Produkte im Schleichhandel. Wir hoffen, daß die Preisfestsetzung die Schleichhandelsversorgung eindämmt, wir hoffen aber auch, daß die Landwirte die Arbeitskräfte künftig anständig entlohnen und ihre Pflicht dem Volksganzen gegenüber erfüllen.

Aus den Gewerkschaften.

6 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands.

Beim Bericht über den Gewerkschaftskongress in Nürnberg konnten wir die erfreuliche Mitteilung bringen, daß die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften bereits 5,4 Millionen betrug. Heute ist diese Zahl überholt. Nach den neuesten uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind gegenwärtig 6 097 800 Mitglieder in unseren Zentralverbänden vereinigt.

Aus der Textilindustrie.

Weitere Verstaatlichung der Baumwollindustrie in Russland. Nachdem die größeren Betriebe der russischen Baumwollindustrie in Moskau wie Morosof und Zindel schon seit längerer Zeit verstaatlicht worden sind, ist man dazu übergegangen, auch jetzt kleinere Betriebe, die sich auf dem Lande befinden, zu verstaatlichen. Die Gesamtlage der russischen Baumwollindustrie, welche vor dem Kriege immer eine verhältnismäßig günstige war, wird als sehr schlecht bezeichnet.

Das Gesamtergebnis der Weltseidenenernte 1918/19. Die Gesamtergebnisse der Weltseidenenernte des Jahres 1918/19 werden auf rund 25 Millionen Kilogramm gegen 26 Millionen Kilogramm im Jahre 1917/18 und 27 Millionen Kilogramm im Jahre 1913/14 geschätzt.

Boykott deutscher Textilindustrieller in Polen. Indirekt wird aus Lodz berichtet, daß von seiten der polnischen Behörden die Inhaber von textilindustriellen Betrieben in Lodz und Umgegend, welche Deutsche sind, zum Teil boykottiert werden. Dies geschieht in der Hauptsache hinsichtlich der Belieferung mit Rohstoff. Viele kleinere Betriebe der Textilindustrie in Lodz und Umgegend, welche sich in Händen von Deutschen befinden, sind seit Beginn des Krieges außer Betrieb und dürften auch wohl kaum wieder in Gang gesetzt werden.

Wollersatz durch Kork. In Spanien soll man gute Ergebnisse damit erzielt haben, Kork als Ersatz für Wolle zu verwenden, doch dürfte es sich wohl lediglich nur darum handeln, den Kork als Beimischung zur Wolle zu verwenden.

Aus der internationalen Textilindustrie wird berichtet, daß die allgemeine Lage der englischen Baumwollindustrie nicht ungünstig sein soll und daß auch die Wollfabrikanten große Ordern in Händen hätten. Die Versuche, die Kunstseidenindustrie in Großbritannien einzubürgern, haben sich nur in bescheidenstem Maße erfüllt. Die Verbraucher dieses Rohstoffes dürften auch weiterhin auf Bezüge vom Ausland angewiesen sein. In Holland scheint man große Mengen von Textilwaren zu besitzen, in einzelnen Zweigen finden Betriebsbeschränkungen statt. Das gleiche gilt auch aus Amerika. Ebenso haben die Preise für Textilwaren in Japan einen Rückgang infolge des Massenangebots erfahren. In Spanien scheint sich die Lage einigermaßen zu bessern, während in Portugal irgendwie nennenswerte Betriebe noch weiterhin stillstehen. Wenigstens in Italien sich die Nachfrage nach Textilwaren gebessert hat, so sind die Aussichten doch keineswegs den Fabrikanten günstig, um so mehr, da man fortwährend mit Kohlennot zu kämpfen hat. Die Beschäftigung der belgischen Textilindustriellen hat sich etwas gehoben, nachdem es gelungen ist, Rohstoffe zu erhalten. Auch in Nordfrankreich werden nach und nach wiederum die Betriebe der Woll-, Baumwoll- und Leinenindustrie in Gang gesetzt.

Kreislauf für Papiergarne und Papiergewebe in allen Ländern. Die Ansicht, daß ein weiterer Rückgang der Papiergarne und Papiergewebe nicht eintreten werde, hat sich nicht erfüllt. Ebenso wie in Deutschland suchen die Hersteller

Die Erzeugnisse ihre Waren um jeden Preis abzugeben. Besonders in Frankreich und in England sollen in der letzten Zeit ganz gewaltige Preisstürze für Papiergarne und Papiergewebe eingetreten sein.

Erfolge der amerikanischen Textilindustrie in Skandinavien. Aus Stockholm wird berichtet, daß die Umsätze in amerikanischen Textilwaren nicht nur in Schweden, sondern auch in Dänemark und Norwegen außerordentlich bedeutende sind. Es werden nicht nur Baumwollwaren, sondern auch Seidengewebe und selbst Wirkwaren wie Strümpfe, Handschuhe usw. in Massen verkauft.

Berichte aus Fachkreisen.

Barmen. Eine außerordentlich gutbesuchte Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes fand am 8. August in der Borussia statt. Kollege vom Scheidt berichtete in 15stündiger Ausführung über den Verlauf und die Ergebnisse des Plauener Verbandstages. Es ist leider aus leichtverständlichen Gründen unmöglich, an dieser Stelle den Bericht wiederzugeben. Redner forderte in seinen Schlussworten restlose Organisation der Arbeiter in den freien Zentralverbänden, Masseneintritt der noch Abseitsstehenden in die Konsumgenossenschaften zwecks Beseitigung des Schleißhandels, deren Verbe der bürgerliche Detailhandel sei. Als weitere Forderung propagierte er den Kampf gegen die konterrevolutionäre Presse. Die beifällig aufgenommenen Ausführungen wurden noch trefflich ergänzt durch den Kollegen Barlogie. Die Diskussionsredner stellten sich vollinhaltlich auf den gleichen Standpunkt. Ein Antrag des Kollegen Ernestus auf Gleichstellung der Gehälter der Geschäftsführer wurde angenommen. Dann sprach Kollege vom Scheidt über die reaktionäre Vorlage der Generalkommission der Gewerkschaften zwecks Umbildung der Ortskarte. Das hiesige Kartell habe die Neuwahlen nach Mitgliederzahlen ausgeschlossen. Die Versammlung schloß sich dem an und wählte 19 vom Bureau durch den Kollegen Runge vorgeschlagene Kollegen und 1 Kollegin zu Kartellbelegierten. Als letzter Tagesordnungspunkt gelangte die durch die Plauener Tagung veranlaßte Neuregulierung der Beiträge gegen 8 Stimmen zur Annahme. Die Beiträge betragen ab 1. Oktober 1919 für jugendliche 70 Pf., für weibliche 1 Mk. und für männliche 1,40 Mk. einschließlich des Lokalzuschlages. Zwecks Neufestsetzung der Eintrittsgelder soll der Vorstand zur nächsten Generalversammlung eine Vorlage ausarbeiten.

Gutach. Am 8. August hielt die hiesige Ortsgruppe eine Versammlung ab, die angesichts der wichtigen Tagesordnung hätte besser besucht sein sollen. Es wurden Berichte über die Generalversammlung und über die Verhandlungen betreffs des neuen Lohnsatzes mit der Arbeitsgemeinschaft vom Kollegen Blome erstattet. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Wehrle, Köbele, Ulrich, Baier und Körner im Sinne der gehörten Ausführungen. Kollege Wehrle meinte, die Mitglieder sollten mehr Interesse an den Versammlungen zeigen, denn in diesen könnten die Anliegen jedes einzelnen vorgebracht werden. Endlich ist es der Arbeiterschaft des Glazales dank der Organisation gelungen, einen Tarifabschluß mit den Unternehmern zustande zu bringen, der ganz bedeutende Lohnaufbesserungen aufweist. Wenn man die Zustände vor dem Kriege mit den jetzt Ertrungenen vergleicht, so muß man bedauern, daß die Arbeiterschaft nicht schon früher zur Einsicht gekommen ist und sich der Organisation angeschlossen hat. Erst durch das Glend, daß der Krieg mit sich gebracht hat, kam die Arbeiterschaft zur Erkenntnis, daß es nur ein Mittel gibt, ihre Lage zu verbessern, und das ist die Organisation. Leider gibt es immer noch Arbeiter, die sich indifferent gegen den Verband verhalten. An alle appellieren wir und rufen ihnen zu: Tretet ein in den Deutschen Textilarbeiter-Verband und helfet mit die Lage der Allgemeinheit verbessern!

Plattin. Am 9. August fand unsere leider schwach besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende gab Bericht von der Generalversammlung in Plauen und auf verschiedene Anfragen die gewünschte Auskunft. Dann erstattete der Kassierer den Bericht vom zweiten Quartal, woraus zu entnehmen war, daß wir eine Zunahme von 398 Mitgliedern hatten. Unser Mitgliederbestand beträgt zurzeit 854. Einem Beschluß zufolge wird das Eintrittsgeld ab 1. September auf 1 Mk. erhöht. Es wurde dann von mehreren Kollegen die in letzter Zeit abgehaltenen Fabrikfranzöser zur Sprache gebracht und scharf beurteilt, daß für derartige Sachen in der jetzigen Zeit die Arbeiterschaft noch Geld übrig habe. Unter Verbandsanlagen wurde beschlossen, unsere Monatsversammlungen in der „Volksstimme“ zu inserieren.

Uertzen. Am 10. August fand eine gut besuchte Versammlung statt mit der Tagesordnung: Leuerung und Tarif; Urlaub; Wahl eines Kassierers. Es wurde einstimmig beschlossen, mit Nachdruck dahin zu arbeiten, daß noch in diesem Jahre der Arbeiterschaft Urlaub gewährt wird. Kollege Michael Klart, Metzler (Wahnhofrestaurant) wurde zum Kassierer gewählt. In der Versammlung waren zwei Kollegen der Mechanischen Rüststofffabrik im in Vellenberg (Inhaber A. Steinhäuser) anwesend, welche die Absicht aussprachen, daß sie nicht abgeneigt seien, in unseren Verband überzutreten.

Kempten. Am Donnerstag, den 7. August 1919, fand im Bürgeraal Kempten die sehr interessant verlaufene Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes statt. Kollege Gabriel Kottner erstattete Bericht von der Generalversammlung in Plauen. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer seinen Ausführungen. Und wahrlich interessant genug war ja der diesmalige Verlauf der Generalversammlung. Er stand auf einer gewichtigen Höhe, wie nicht viele vorher. Wurde doch der Verband auf eine neue Grundlage gestellt und damit die Möglichkeit geschaffen, daß er nicht nur in der jetzigen Uebergangszeit der Kapitalwirtschaft zur Gemeinwirtschaft, sondern auch später in dieser die einzig mögliche Interessvertretung der Textilarbeiter sein wird. Der Ausbau der Organisation und die Stärkung seiner Einrichtungen wurde auf der diesmaligen Generalversammlung in großzügiger Weise durchgeführt, so daß der Verband jetzt zweifellos allen Gefahren gewachsen sein dürfte. Die Unternehmer haben mit ihm, als einem gewaltigen Machtfaktor zu rechnen, sowohl in der Hinsicht auf die Zahl der Mitglieder, als auch auf die finanzielle Rüstung. Weicher Beifall zeigte das Einverständnis der Mitglieder mit den Beschlüssen der Generalversammlung. Der Obmann des Betriebsrates der Mech. Baumwollspinn- und Weberei Kempten, Kollege Werkmüller erstattete hierauf Bericht über die letzte Betriebsratsitzung. Dieser entfaltete eine ausgedehnte Diskussion, in welcher auch der Kollege Duffner in längeren Ausführungen eintrifft. Dann wurde Stellung genommen zu verschiedenen Anträgen an die Direktion der Kemptner Firma, die von dem Betriebsrat vertreten werden sollen. Auch der Sympathiestreif vom 21. Juli kam nochmals zur Sprache und wurde hierzu folgende Entscheidung angenommen: „Die sehr zahlreich besuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Kempten, nimmt nochmals Stellung zu dem Sympathiestreif am 21. Juli 1919. Sie fühlt sich dazu gezwungen durch die völlig irreführenden behaupteten Behauptungen der Direktion der Mech. Baumwollspinn- und Weberei Kempten und konstatiert als feststehende Tatsache: 1. Der Beschluß, am 21. Juli 1919 nicht zu arbeiten, wurde in einer Beschlusssitzung am Samstag vorher nahezu einstimmig gefaßt. 2. Der Versammlung ist keine

Arbeiterin bekannt, die die Direktion ersuchte, am Montag doch arbeiten zu lassen. Die Betriebsratsmitglieder aber vernahmten sich einmütig gegen die Verächtlichung, als ob eines hinter dem Rücken der anderen bei der Direktion vorstellig geworden wäre und von dieser verlangt hätte, daß an dem betreffenden Tag doch gearbeitet werden soll und so der Beschluß der Arbeiterschaft wieder umgeworfen würde. 3. Ob der Beschluß glücklich war oder nicht, ist nachträglich gleichgültig. Jedenfalls hat die Direktion, trotzdem sie eingangs ihrer Erklärung die Tatsache, daß sie widerrechtlich hinter dem Rücken des Betriebsrates Anordnungen getroffen, zurückwies, nicht den Beweis des Gegenteils erbracht.“

Kirn. Im Mai dieses Jahres gelang es durch eifrige Hausagitation dem Kollegen Votländer, hier eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu errichten. Die hier gezahlten niedrigen Löhne trugen dazu bei, in kurzer Zeit fast sämtliche Textilarbeiter in den beiden hiesigen Strumpffabriken zu organisieren. Am 12. Juli wurde ein Lohnsatz mit wesentlichen Lohnaufbesserungen und Ferien für die Beschäftigten abgeschlossen. Nicht alle Forderungen der Arbeiter konnten durchgesetzt werden, aber für den Anfang war es schon ein schöner Erfolg. Es gilt in Zukunft den Tarif so zu gestalten, daß er allen gerechten Forderungen entspricht. Um dieses zu erreichen, müssen die hiesigen Arbeiter treu zum Verband halten. Am 6. August konnten wir erst eine Versammlung abhalten, wozu bis dahin die Erlaubnis ermangelte, denn Kirn liegt im besetzten Gebiet. Der Vorstand wurde gewählt, auch wurde Klage geführt, daß die Arbeitgeber in vielen Fällen den Tarif zu umgehen suchen. In jeder Fabrik sind nun Vertrauensleute gewählt worden, die bei etwaigen Verstößen gegen den Tarif bei den Arbeitgebern vorstellig werden.

Reuben bei Dresden. Am Mittwoch, den 6. August, fand im Gasthof Reuben unsere Mitgliederversammlung statt, die in Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung auch äußerst gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht von der Generalversammlung in Plauen. 2. Bericht vom zweiten Quartal 1919. 3. Verschiedenes. Der Bericht von der Generalversammlung gab Kollege Winkler-Dresden. In seinem Bericht, der fast 2 1/2 Stunden dauerte, gab er ein Bild von der gewaltigen Arbeit, die auf der Generalversammlung geleistet worden ist und erklärte uns seine Stellungnahme zu den einzelnen Anträgen. Die Versammlung war mit dem Verhalten des Kollegen Winkler auf der Generalversammlung einverstanden und bezeugte dies durch einstimmige Annahme folgender Entscheidung:

„Die am 6. August im Gasthof Reuben tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes erklärt sich mit den auf der Generalversammlung gefaßten Beschlüssen voll und ganz einverstanden. Insbesondere billigt sie die Stellungnahme des Kollegen Winkler zu den einzelnen Punkten.“

Ueber Punkt 2 berichtete Kollege Seeliger. Er gab ein klares Bild über die Rassenverhältnisse in der Filiale Dresden und über die Mitgliederbewegung während des Quartals. Erfreulich war die Nachricht, daß wir in diesem Quartal wiederum eine Zunahme von circa 900 Mitgliedern haben. In seinem Schlusswort betonte er, daß es noch Kollegen und Kolleginnen gibt, die der Organisation fernstehen, besonders unter den Heimarbeitern. Pflicht eines jeden Kollegen ist es, dafür zu sorgen, daß alle restlos unserer Organisation zugeführt werden.

Nachdem noch einige Sachen, die unsere Gewerkschaftsbewegung hier am Orte betrafen, erledigt waren, schloß der Vorsitzende die äußerst interessant verlaufene Versammlung mit der Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, daß das nächste Mal die Kollegen und Kolleginnen wieder so zahlreich in der Versammlung erscheinen, aber auch die, die heute leider unsere Versammlung nicht besucht haben.

Neugersdorf. Arbeitszeitverkürzung und Arbeiterentlassungen haben unter der hiesigen Textilarbeiterschaft eine begeisterte Erregung hervorgerufen. Aus diesen Gründen hatte unsere Ortsverwaltung die Arbeitgeber und die Arbeiterschaft zu einer Sitzung am Montag, den 11. August, geladen. Ein Beauftragter der Arbeitgeber gab in längeren Ausführungen einen Überblick über die wirtschaftliche Lage, welcher dahin ausklang, die Arbeiter möchten einsehen, daß das Textilgewerbe in höchster Not sei. Zufriedenheit sei deshalb geboten, und das Verlangen nach höherem Lohn müßte zurückgestellt werden. Kollege Runge erwiderte darauf, daß auch wir die tatsächlichen traurigen Verhältnisse in der Textilindustrie wohl beachten, aber der Neuaufbau dürfe nicht auf Kosten der Arbeiter geschehen, die leider allzu lange die Leidtragenden gemeiner seien. Es wurde beschlossen, vorläufig niemand zu entlassen und nur dann, wenn die äußerste Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse es bedingt, Entlassungen vorzunehmen. Dann soll nach den Bestimmungen des Demobilisierungskommissars zwecks Freimachung von Arbeitsstellen verfahren werden. Dieser Befehl, daß erst die wirtschaftlich Stärkeren auf Grund günstiger Erwerbsmöglichkeiten eines Teiles der Familie, bei Entlassungen in Betracht kämen, daß also, wenn der Mann eine sichere Verdienstmöglichkeit habe, die Frau zu Hause bleiben könne. Die Arbeiterschaft sollte die einzelnen Fälle prüfen. Die Arbeitszeit wird so geregelt, daß in jeder Woche drei Tage gearbeitet werden, und zwar zusammenhängend vom Donnerstag bis Sonnabend mittags und von Montag bis Mittwoch. — Dienstag, den 12. August, fand darauf eine große öffentliche Versammlung statt, welche von weit über 1000 Personen besucht war und wo von den Ergebnissen der Montagbesprechung berichtet wurde. Kollege Heidel hielt ein Referat über die wirtschaftliche Lage. Dieses hob sich in seiner ganzen Tendenz von dem des vorhergehenden Abends seitens des Unternehmers gehaltenen Vortrage wesentlich ab. Vor allen Dingen wünschte er, daß die Beschlüsse möglichst einstimmig gefaßt würden, um den Außenstehenden zu zeigen, daß die Textilarbeiterschaft in diesen schweren Zeiten den erforderlichen Gemeininn befunde. Im übrigen hat er, die Beschlüsse der Arbeiterschaft zu akzeptieren. Ueber Entlassungen und Arbeitszeitverkürzung entpanden sich eine lebhaft Debatte. Von den Frauen wurde besonders gewünscht, am Sonnabend überhaupt nicht zu arbeiten. Betreffs Arbeiterentlassungen wird das Verfahren gut geheißt, die Frauen zu entlassen oder deren Beschäftigung vorübergehend zu unterbrechen, wenn der Mann ein sicheres und ausreichendes Einkommen hat. Der Beschluß der Arbeiterschaft in einer Lohnperiode von 14 Tagen die erste Woche von Donnerstag bis Sonnabend mittags und die zweite Woche Montag bis Mittwoch zu arbeiten, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Mit der Aufforderung des Kollegen Heidel, die Kollegen und die Kolleginnen möchten jede Gelegenheit zur Weiterbildung wahrnehmen, damit sie den Aufgaben der kommenden Zeit mit der Einrichtung der Betriebsräte gewachsen seien, schloß die Versammlung.

Waldkirch i. Br. In drei Versammlungen, je in Waldkirch, Röllnau und Gutach, referierte Kollege Blome über den Verlauf der Generalversammlung in Plauen. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht und folgten die Besucher mit Aufmerksamkeit und Interesse den jeweils anderthalbstündigen Ausführungen des Referenten. Wo Diskussion stattfand, kam in ihr die Befriedigung mit dem Verlauf und den Beschlüssen der Generalversammlung zum Ausdruck. — Anschließend an den Generalversammlungsbericht gab dann Kollege Blome noch den Bericht über den neu abgeschlossenen Tarifvertrag der Arbeitsgemeinschaft (Untergruppe Baden). Auch hier wurde Zufriedenheit mit der Haltung unserer Vertreter bei den Verhandlungen bekundet und kam die bestimmte Erwartung zum Ausdruck, daß da, wo die Lohnregulierung noch besonderen Verhandlungen vorbehalten bleibt, die Unternehmer die Erfordernisse der Zeit endlich begreifen möchten, andernfalls die Arbeiterschaft ihnen einmal selbst, dann aber recht deutlich, diese Erkenntnis beibringen würde.

Festprolog zum Sommerfest 1919 des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes Filialen Waldkirch-Röllnau-Gutach-Freiburg-Emmendingen-Staufen am 24. August in Waldkirch i. Br. Nun sind gelächelt des Krieges rote Plannen, Nun darf die Freude wieder aufsteigen! Und frohen Herzens sind wir heut zusammen, Der Arbeit ersten Festtag zu begehen; Wohl sind die einstigen frohen Friedenstage Noch himmelweit, Und denken wir zurück An jene Zeit, ist's wie 'ne alte Sage Von längst entschwundenem Paradiesesglück

Es muß wohl sein, daß jenes ging verloren, Daß Not und Tod erst brach die finst're Nacht: Der Krieg ist tot! Die Menschheit ward geboren; Das Volk der Arbeit endlich ist erwacht! Und schmiedet sich in festem Bund zusammen, Reicht sich zu Schutz und Trutz die Bruderhand. Geheißt in schwerster Noth die heiligen Plannen Steht wie ein Fels im Meere der Verband! Er ist ein Vater all der Hunderttausend, Die er umschließt in einigemem Band; Den Kerkern, in den kleinsten Hütten hausend, Reicht schützend er die starke Vaterhand! Doch auch Begeisterung pflanzt er in den Massen Und lehrt die unser heiligstes Gebet: Die Freiheit lieben und die Ruchschafft hassen Und kämpfen, bis der Feind zugrunde geht! Zu diesem Kampfe für ein neues Leben Reicht Brüder, Schwestern innig Euch die Hand In Zukunft kann's nur die Parole geben: Bis auf den letzten Mann in den Verband! Und nun Ihr alle, die von fern gekommen, Weil Solidaritätsgefühl Euch treibt, Seid uns in Waldkirch herzlich heut willkommen! Daß dieser Tag Euch herzlich willkommen! Daß — mögen Wetterwolken auch noch bedauern: Wir kämpfen vorwärts und wir weichen nicht! Es kann die Arbeit nur sich selbst befreien; Durch Kampf zum Sieg! Durch finst're Nacht zum Licht! Fr. Blome, Waldkirch.

Literatur. Die Wisselsche Planwirtschaft. Die gesamten Dokumente mit der ausführlichen Begründung, wie sie Wissell in seinen Vorträgen und Ausführungen gibt, erscheinen Mitte August in einer von Wissell selbst bearbeiteten Ausgabe in Buchform zum Preise von etwa 5 Mk. im Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 24. August, Nr. der 34. Wochenbeitrag fällig. Geschäftsführer-Gesetz. Für die Filialen Grimmling, Köln a. Rhein, Hannover, Cottbus und Limbach i. Sa. wird zum baldigen Eintritt ein Geschäftsführer gesucht. Hilfsarbeiter-Gesetz. Für den Gau Chemnitz (Chemnitz) unseres Verbandes wird zum baldigen Eintritt ein Hilfskraft gesucht.

Kollegen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftgeübten, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stellen bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II, bis zum 8. September 68. Jahres einzureichen. Zeugnisse und dergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Anfangsgeld nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen pro Monat 550 Mk. Daneben wird eine Ortszulage von 20 Mk. pro Monat gewährt. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung. Die Kollegen wollen in ihrem Bewerbungsschreiben angeben, für welchen Ort sie sich bewerben.

Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Dresden. Juliane Dietrich, Greiz. Elia Reiser, Weberin, 17 J., Lungentrankeheit. Cronau. Lorenz Schielein, Gerit Grünmühl, beide an Kriegsfolgen. Seidenheim. Josef Deppert, 61 J., Herzschlag. Reichenbach i. B. Eduard Zischner, Nieren- und Nervenleiden. Weigeisdorf-Langenbielau. Christiane Wolf, Weberin, 36 J., Schlaganfall. Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder. Glauchau. Hugo Arno Augustin, 35 J., in französischer Gefangenschaft gestorben. Ihre ihrem Andenken! Zusammenkünfte. Mitglieder-Versammlungen. Altenburg S.-A. Sonnabend, 30. Aug., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsheim. Berlin. (Sieder.) Freitag, 5. September, abends 6 Uhr, bei Eitel Wallstr. 82. Vertrauensleute. Rühnd. Freitag, 29. August. Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 23. August. Verlag: Karl Hübsch. - Verantwortlicher Redakteur Paul Wagner. - Druck: Betriebs-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Sämtlich in Berlin.